

09.03.2022
032c

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



Es gilt das gesprochene Wort!

Statement
von Prof. Dr. Heinz-Günther Stobbe (Münster),
Professor em. für katholische Theologie mit dem Schwerpunkt
theologische Friedensforschung,
im Pressegespräch zur Situation in der Ukraine
am 9. März 2022 in Vierzehnheiligen

Über die Ereignisse und die Situation in der Ukraine sind Sie alle informiert, wir werden ja alle laufend mit Nachrichten, Kommentaren und Talkrunden beliefert und kämpfen eher mit der Schwierigkeit, diese Informationsflut zu verarbeiten, als uns Informationen zu verschaffen. Meine Aufgabe kann es daher nicht sein, Sie über die Sachlage in Kenntnis zu setzen oder über die kirchliche, karitative und pastorale Seite des Krieges zu sprechen. Das geschieht hier aus berufenerem Munde. Meine Sache ist es, die Perspektive der katholischen Friedensethik einzubringen. Auch dazu ist inzwischen an anderer Stelle fast alles gesagt worden, was gesagt werden kann und muss und braucht nicht noch einmal wiederholt zu werden. Ich beschränke mich deshalb auf einige wenige Aspekte, die verstärkte Beachtung verdienen.

1. Es besteht in der Welt ein erstaunlich breiter Konsens in Bezug auf die völkerrechtliche Beurteilung und Verurteilung der russischen Militäraktion als einer völkerrechtswidrigen Angriffshandlung. Mit Blick auf die Zurechnung von Verantwortung ist es wichtig zu betonen, dass dieser Angriff lange geplant und vorbereitet und gezielt begonnen wurde. Er entspricht auch in der militärischen Durchführung einem bereits bekannten Muster. Ein zentrales Merkmal darin ist es, den Tod von Zivilbevölkerung und weitreichende Zerstörung von ziviler Infrastruktur nicht nur in Kauf zu nehmen, sondern als Mittel einzusetzen, um auf jeden Fall die angestrebten Ziele zu erreichen. Die ständige Rede von einer militärischen Spezialoperation und das Verbot, auch in der Berichterstattung den Begriff „Krieg“ zu verwenden, hat einzig und allein den Zweck, die eigene Bevölkerung zu täuschen und den Vorwurf der Völkerrechtswidrigkeit zu vermeiden. Deswegen muss man darauf beharren, das Kind beim Namen zu nennen: Es geht nicht um Friedenstruppen, die sich in einem Krieg zwischen die verfeindeten Fronten stellen, sondern um eine Armee, die in verbrecherischer Weise bestimmte Vorstellungen mit Gewalt durchzusetzen sucht.

Herausgeberin
Dr. Beate Gilles
Generalsekretärin
der Deutschen Bischofskonferenz

Redaktion
Matthias Kopp (verantwortl.)
Pressesprecher

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 103 214
Fax: +49 (0) 228 103 254
E-Mail: pressestelle@dbk.de

dbk.de
facebook.com/dbk.de
twitter.com/dbk_online
youtube.com/c/DeutscheBischofskonferenz

2. Die Russische Föderation verstößt mit diesem Krieg nicht nur gegen das Gewaltverbot der UN-Charta, sie bricht nicht nur eine Reihe von verbindlichen Abkommen und Verträgen, die von russischen Regierungen mitunterzeichnet wurden, sie bedroht die gesamte Friedensordnung Europas, an deren Sicherheitsarchitektur mit bauen zu wollen Russlands Regierung vorgibt. Im Gegensatz dazu sind es die ukrainische Regierung und das Volk der Ukraine, die im Augenblick mit ihrem Blut für die europäische Friedensordnung eintreten. Wir üben daher mit ihrem Kampf Solidarität und verstehen ihn als unseren gemeinsamen Kampf für ein Europa, das eines Tages auch für Russland wieder eine Heimat sein kann. Der infame Vorwurf, in Kiew herrsche eine faschistische Regierung, fällt vollumfänglich auf die russische Regierung selbst zurück. Ich hoffe, dass dieser Krieg dem russischen Volk trotz aller offiziellen Propaganda die Augen dafür öffnet, welche Art von Regierung ihr Land und diesen Krieg führt.

3. Das neu erwachende Bewusstsein für die verpflichtende Zusammengehörigkeit der Völker und Staaten der Europäischen Union findet derzeit seinen stärksten Ausdruck in der überwältigenden Bereitschaft, ukrainische Flüchtlinge aufzunehmen. Diese Bereitschaft wird wohl noch lange wahren müssen, sie braucht langen Atem. Wir sollten die fast vergessene, teilweise verdrängte Idee der internationalen Schutzverantwortung wiederbeleben, die eben nicht nur den Aspekt militärischer Reaktion auf Völkerrechtsverbrechen beinhaltet, sondern auch die Pfeiler der Vorsorge und der Nachsorge umfasst. Es wird viel Geld kosten, das zerstörte Land wiederaufzubauen, seine Wirtschaft wieder anzukurbeln und zu stärken, und es werden viele Flüchtlinge nicht in die Ukraine zurückkehren können. All das und mehr fällt ins Gewicht, wenn wir die internationale Schutzverantwortung umfassend ernst nehmen. Und sie betrifft über die europäischen Staaten hinaus die gesamte internationale Gemeinschaft. Im gegebenen Augenblick kommt es darauf an, alle Anstrengungen darauf zu konzentrieren, dem russischen Angriff wirksam zu begegnen, seinen Erfolg zu vereiteln und mithilfe der Diplomatie eine Verhandlungslösung zu finden. Es muss aber gleichzeitig überlegt werden, was zu tun ist, falls der ukrainische Widerstand scheitert und die Ukraine zur Kapitulation gezwungen wird. Was soll geschehen, wenn die russische Regierung erbarmungslos ihre Ankündigung verwirklicht, die Ukraine von allen Nazis zu säubern und sie alle zu „Nazis“ erklärt, die ihr missliebig sind? Die Staatengemeinschaft sollte bald und unmissverständlich klarstellen, dass sie auch nach einem militärischen Sieg der russischen Armee diejenigen Kräfte solidarisch unterstützen wird, die für eine freie und unabhängige Ukraine eintreten. Sie sollte keine Lösungen anerkennen, die der Ukraine nur durch Gewalt und Macht aufgenötigt werden. Sie sollte im Ernstfall schnell eine ukrainische Exilregierung anerkennen, die der Bevölkerung trotz russischer Herrschaft Halt und Orientierung geben kann. Die internationale Gemeinschaft sollte endlich auch darauf achten, dass jede ukrainische Regierung die Rechte der russischen Bevölkerungsteile respektiert und in ihrer Gesetzgebung berücksichtigt. Diese Rechte müssen Thema in den Friedensverhandlungen sein.

4. Die deutsche Regierung hat bekanntlich nicht nur beschlossen, Waffen an die Ukraine zu liefern, sondern außerdem einen Betrag von 100 Milliarden Euro für die Ausrüstung der Bundeswehr zu investieren, und zwar zusätzlich zu dem Betrag, der für die Erfüllung unserer Bündnisverpflichtungen aufgewendet wird. Diese Entscheidung ist richtig und zu begrüßen,

weil sie den sicherheitspolitischen Erfordernissen entspricht. Es darf hier aber nicht übersehen werden, dass Friedenspolitik mehr umfassen muss als Sicherheits- und Rüstungspolitik. Entwicklungspolitik und Klimapolitik sind Teil der deutschen Friedenspolitik und sie müssen es ungeschmälert bleiben. Was auf keinen Fall geschehen darf, ist eine Lastenverteilung, die am Ende vor allem die Armen und Schwachen in Deutschland und in der Welt zur Kasse bittet.